

## Einladung

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich  
Sitzungstermin: Montag, 13.07.2015, 17:00 Uhr  
Ort, Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Eingang Bahnhofstraße, 26180 Rastede

Rastede, den 02.07.2015

### 1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2015
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Aufstellung Bebauungsplan 15 B - Verkehrsfläche Wilhelmshavener Straße  
Vorlage: 2015/107
- TOP 6 4. Änderung des Bebauungsplans 61 - örtliche Bauvorschriften  
Raiffeisenstraße  
Vorlage: 2015/108
- TOP 7 Straßenbenennung im Baugebiet Südlich Schloßpark III  
Vorlage: 2015/109
- TOP 8 Planfeststellung zur A 20, 1. Abschnitt; Stellungnahme der Gemeinde  
Vorlage: 2015/112
- TOP 9 Masterplan Klimaschutz  
Vorlage: 2015/111

**TOP 10    Einwohnerfragestunde**

**TOP 11    Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen  
gez. von Essen  
Bürgermeister**

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/107**

freigegeben am **01.07.2015**

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015**

### **Aufstellung Bebauungsplan 15 B - Verkehrsfläche Wilhelmshavener Straße**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 13.07.2015 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 15 B – Wilhelmshavener Straße mit Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans 15 B sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau des Knotenpunktes Gut Rehorn / Wilhelmshavener Straße / Wemkenstraße geschaffen werden. Das Bauleitplanverfahren ersetzt ein Planfeststellungsverfahren, sodass der Bebauungsplan 15 B planfeststellungsersetzende Wirkung hat.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden keine Stellungnahmen von Bürgern eingereicht. Lediglich im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurden Stellungnahmen eingereicht, die jedoch eher redaktionelle Hinweise enthielten. Eine wesentliche Änderung des Bebauungsplans war nicht erforderlich, sodass der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

**Anlagen:**

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2015/108**freigegeben am **02.07.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015****4. Änderung des Bebauungsplans 61 - örtliche Bauvorschriften  
Raiffeisenstraße****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 13.07.2015 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 4. Änderung des Bebauungsplans 61 mit Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Mit der 4. Änderung des Bebauungsplans 61 sollen veränderte Vorschriften zu Dachformen und -neigungen sowie Werbeanlagen erlassen werden. Auf die bisherige Beratung wird insoweit verwiesen (s. Vorlage 2015/050).

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurden überwiegend redaktionelle Hinweise zur Bebauungsplanänderung vorgebracht. Von Seiten der Öffentlichkeit wurde eine Stellungnahme abgegeben, die Bedenken gegen die geplanten Änderungen vorbringt.

Insbesondere werden die verdichtete Bauweise sowie die Möglichkeit, Häuser künftig nicht giebelständig zur Straße errichten zu müssen, kritisiert. Da mit der 4. Änderung des Bebauungsplans jedoch die Festsetzungen zur überbaubaren Fläche nicht verändert werden (und somit der ursprüngliche Bebauungsplan 61 diesbezüglich weiterhin gilt) ergibt sich eine verdichtete Bauweise nicht erst aus der 4. Änderung. Da es sich bei der Raiffeisenstraße um einen sehr zentral gelegenen Teil des Ortes handelt, ist eine verträgliche Verdichtung an dieser Stelle explizit erwünscht. Eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorhandenen Gebäude ergibt keine Notwendigkeit zur Regelung von Giebelständigkeiten oder Festlegungen von Firstrichtungen, da im Plangebiet bereits verschiedenste Ausrichtungen realisiert wurden und eine einheitliche Gestaltung nicht erkennbar ist. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass den vorgebrachten Anregungen nicht gefolgt wird, sondern an den geplanten Regelungen festgehalten wird.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert, sodass lediglich eine öffentliche Auslegung sowie Trägerbeteiligung durchzuführen war. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

### **Anlagen:**

1. Satzung mit Begründung
2. Abwägungsvorschläge

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/109**

freigegeben am **02.07.2015**

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015**

### **Straßenbenennung im Baugebiet Südlich Schloßpark III**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	14.07.2015	Rat
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Planstraße A erhält die Bezeichnung „Graf-Johann-Straße“.

Die Planstraße B erhält die Bezeichnung „Graf-Moritz-Straße“.

Die Planstraße C erhält die Bezeichnung „Graf-Christoffer-Straße“.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Durch den Satzungsbeschluss betreffend das Wohngebiet Südlich Schloßpark III wird die Voraussetzung geschaffen, die im Zusammenhang mit dem Baugebiet erforderlichen Erschließungsstraßen herzustellen. Für diese Erschließungsstraßen ist die Namensgebung vorgesehen.

Die Straßen in den ersten beiden Abschnitten des Wohngebietes Südlich Schloßpark (alle südlich des Loyer Wegs) wurden nach weiblichen Familienmitgliedern der Oldenburger Herzogsfamilie benannt. Die logische Fortführung der Namensgebung für die Straßen nördlich des Loyer Weges – nämlich die Benennung der männlichen Familienmitglieder der Oldenburger Herzogsfamilie – ist aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht zu favorisieren:

Die Namen der Herzöge sind aufgrund von dreifachen Vornamen schlichtweg zu lang, um für die Straßennamensfindung herangezogen werden zu können: Peter-Friedrich-Ludwig(-Straße), Paul-Friedrich-August(-Straße), Nikolaus-Friedrich-Peter(-Straße). Eine Schreibweise mit abgekürzten Vornamen, beispielsweise Peter-Friedr.-Ludw.-Str., Paul-Friedr.-Aug.-Str. oder Nikol.-Friedr.-Peter-Str., stellt aus Sicht der Verwaltung nicht nur keine entsprechende Würdigung der Namen dar sondern ist auch in der praktischen Handhabung schwerfällig, sodass vorgeschlagen wird, von diesen Personen als Namensgebern abzurücken.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die neu entstehenden Straßen im III. Bauabschnitt nach Grafen zu benennen, die in der Rasteder Geschichte eine Rolle gespielt haben:

**Graf Johann**

Graf Johann III (gestorben 1344) gab den „Sachsenspiegel“, welcher im Kloster Rastede geschrieben wurde, in Auftrag.

**Graf Moritz**

Graf Moritz II (gestorben 1420) war ein großer „Freund des Klosters“ und wurde in der alten Klosterkirche bestattet. Seit deren Abriss befindet sich sein Sarkophag in der St.-Ulrichs-Kirche.

**Graf Christoffer**

Graf Christoffer (1504-1566) gründete im Jahre 1565 in Rastede die erste Volksschule im Oldenburger Land. Nachdem das Kloster 1529 aufgelöst wurde, nahm er darin seinen Wohnsitz.

Die neuen Verkehrsflächen gelten gemäß § 6 Abs.5 des Niedersächsischen Straßengesetzes mit ihrer Freigabe als dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Baulastträger dieser Ortsstraßen ist die Gemeinde Rastede. Das Straßenbestandsverzeichnis wird entsprechend ergänzt.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

**Anlagen:**

Lageplan.

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/112**

freigegeben am **02.07.2015**

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Ammermann, Hans-Hermann

**Datum: 23.06.2015**

### **Planfeststellung zur A 20, 1. Abschnitt; Stellungnahme der Gemeinde**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stellungnahme der Gemeinde Rastede gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage wird beschlossen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Für den ersten Abschnitt der geplanten A 20 von Westerstede bis Drochtersen im Bereich zwischen der A 28 bei Westerstede und der A 29 bei Jaderberg ist das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden.

Der Link zu den Auslegungsunterlagen ist unter [www.rastede.de](http://www.rastede.de) eingerichtet. Soweit in der weiteren Darstellung auf einzelne Planunterlagen verwiesen wird, können diese unter der vorgenannten Internetadresse eingesehen werden.

Die Veröffentlichung des Planfeststellungsverfahrens erfolgte am 02. Juni 2015. Die Auslegung, unter anderem bei der Gemeinde Rastede, findet in der Zeit vom 11. Juni bis 10. Juli 2015 statt. Während dieser Zeit und bis zum 24. Juli 2015 sind Stellungnahmen bei der Planfeststellungsbehörde einzureichen. Gemäß den rechtlichen Vorschriften sind bereits jetzt Stellungnahmen und Hinweise nicht nur die betroffenen Bürger sondern auch der Behörden erforderlich, um im Bedarfsfalle zu einem späteren Zeitpunkt nach Abschluss des Verfahrens nicht die Möglichkeit einer Klageerhebung zu verlieren. Dabei können im Hinblick auf den geplanten Trassenverlauf durchaus auch Bedenken bereits für Bereiche erhoben werden, die geographisch erst durch einen möglichen zweiten Bauabschnitt berührt würden. In der Stellungnahme (vergleiche Anlage 1 zu dieser Vorlage) finden sich deshalb auch Anregungen und Hinweise, die sich auf Bereiche beziehen, die erst Gegenstand eines weiteren Planfeststellungsverfahrens werden. Darüber hinaus wären Anregungen und Bedenken, soweit sie grundsätzlich abgegeben worden sind, zu einem späteren Zeitpunkt durchaus ergänzungsfähig. Die Stellungnahme der Gemeinde Rastede - vergleiche Anlage – ist deshalb zum

jetzigen Zeitpunkt nicht als zwingend abschließend zu betrachten. Ebenfalls dienen die Anregungen und Bedenken dazu, um in den im weiteren Verlauf des Verfahrens stattfindenden Erörterungsterminen, die gesetzlich nicht öffentlich stattfinden, vertreten sein zu können.

Im Übrigen orientiert sich die Stellungnahme an den bereits in der Vergangenheit vorgetragenen Aussagen. Hierzu wird auf die Vorlagen 2000/335, 2006/049, 2007/278, 2009/019 und 2010/137A verwiesen.

### **Im Einzelnen:**

Die Rechtsgrundlage der Planfeststellung ist in der Unterlage 0 zu den Planfeststellungsunterlagen dargestellt.

Nach Ablauf der Auslegung werden dem Maßnahmenträger durch die Planfeststellungsbehörde die Anregungen und Bedenken zur Stellungnahme übersandt. Danach finden ein oder mehrere Erörterungstermine statt. Im Anschluss an diese Verfahrensschritte wird der Planfeststellungsbeschluss ausgefertigt. Gegen diesen Beschluss besteht unter Berücksichtigung der genannten Bedingungen die Möglichkeit der Klage.

Tenor aller bisherigen Beschlüsse des Rates der Gemeinde Rastede ist die grundsätzliche Zustimmung zur Planung und zum Bau der A 20. Die jetzt vorgesehene Trasse West 3 entspricht nicht den Vorstellungen der Gemeinde, sondern ist nur gegenüber der ursprünglich auch geprüften Trasse West 4 die bessere Lösung. Aus verkehrlicher und städtebaulicher Sicht stellt die Trasse West 2, auch in einer modifizierten Lage, die beste Lösung dar.

In der Planunterlage U 22-1 gibt es eine Darstellung in Form eines Trassenentscheidungspapiers. Dort sind, in sich abgeschlossen, die Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten dargestellt. Mit der Planunterlage U 22-3 ist eine Abhandlung zur raum- und wirtschaftsstrukturellen Wirkung der A 20 beigelegt. Daneben wurde im Rahmen der Planfeststellungsunterlagen auch ein Gutachten zur Null-Plus-Variantenuntersuchung beigelegt. Mit der Planunterlage U 01 ist im Erläuterungsbericht im Übrigen allgemein verständlich der Planungsablauf mit den Abwägungen und Gutachten dargestellt.

Die Übersichtskarte U 02-Blatt 3 stellt den Trassenverlauf mit dem weiterführenden zweiten Planabschnitt in östlicher Richtung und die in Verbindung mit dem ersten Abschnitt anzulegende Seitenentnahme dar. Die Seitenentnahme wird auch für den zweiten Abschnitt der A20 als Entnahmestelle verbleiben; vergleiche hierzu auch Planunterlage U 22-6 – Hydrogeologischer Fachbeitrag und Planunterlage U 05-2 - Lageplan.

Insgesamt sind für alle erkennbar betroffenen Fachdisziplinen Gutachten vorgelegt worden, die eine nach gesetzlichen Vorgaben notwendige Kompensation darstellen. Bei den verschiedenen Schutzfällen, z. B. beim Straßenverkehr, sind die Wechselwirkungen sowohl bei der Herstellung des ersten Abschnittes, als auch nach Herstellung der vollständigen Trasse dargestellt und abgewogen. Nicht eingegangen wurde jedoch auf die Notwendigkeit des aus Sicht der Verwaltung notwendigen Umbaus der Wiefelsteder Straße und der Wilhelmshavener Straße im Bereich der Ortsdurchfahrt. Durch die größere Menge an Verkehr, die sich aus der Anbindung der A 20 an die A 29 durch die Anschlussstelle Hahn-Lehmden ergibt, wird eine höhere Gefährdung der schwächeren Verkehrsteilnehmer in diesem Bereich gesehen. Die Straßenraumgestaltung hat erheblichen Einfluss auf das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer. Derzeit findet die Dorfentwicklungsplanung der Gemeinde auch für diesen Bereich statt und zeigt bereits unter Berücksichtigung nur der bestehenden Verhältnisse, dass eine Umgestaltung des Straßenraumes nicht nur aus städtebaulichen Gründen sondern auch

unter Berücksichtigung sich verändernder Verkehrsverhältnisse geboten wäre. Diese Einschätzung ergibt sich erst recht dann, wenn durch den Bau der Autobahn die Verkehrsmenge weiter ansteigt. Der Planungsträger ist deshalb aufzufordern, insbesondere die Nebenanlagen den künftigen Verkehrsverhältnissen entsprechend herzurichten.

Für den Siedlungsbereich Bekhausen hat die Gemeinde Rastede zur Beordnung des Gebietes die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen. Die einzuhaltenden Lärmwerte durch den Einfluss der A 20 führen dazu, dass aktiver Lärmschutz in Form einer Lärmschutzwand erforderlich wird. Dieser Lärmschutz soll erst im 2. Bauabschnitt realisiert werden, da das Autobahnkreuz wegen des fehlenden Anschlusses des zweiten Abschnittes noch nicht voll ausgebaut wird. Die Verwaltung hält dieses Vorgehen nicht für sinnvoll und fordert aktiven Lärmschutz schon im Zusammenhang mit dem ersten Abschnitt des Autobahnkreuzes.

Aus dem Höhenplan, Planunterlage U 06-1, Blatt 28 und 29, ist die Höhenabwicklung der A 20 wegen der höhenungleichen Kreuzung mit der A 29 und der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven erkennbar. Der Höhenunterschied zwischen der A 29 und der A 20 beträgt mehr als 6,50 m. Sofern dort Lärmschutzwände von 4 m Höhe oder mehr installiert werden müssen, ergibt sich eine optische Barriere von mehr als 10,50 m. Diese Beeinträchtigung, die eine wesentliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für die Bereiche Hahn-Lehmden und Bekhausen zum Inhalt haben wird, muss durch geeignete flankierende Maßnahmen gemildert werden.

Der Bekhausermoorweg wird durch die A 20 abgetrennt. Hierfür wird für den Bekhausermoorweg – alt - eine Wendeanlage im südöstlichen Anschlussort vorgesehen. Etwa parallel zur A 29 wird der Bekhausermoorweg – neu - bis an den Bekhauser Esch geführt. Der Bekhauser Esch ist etwa 3,0 m breit und mündet auf die Wilhelmshavener Straße, L 825. Durch die Zusammenlegung der beiden Wirtschaftswege mit Transporten aus der Sandabbau-stelle, dem Verkehr aus dem Beachclub Nethen, dem Anliegerverkehr und dem landwirt-schaftlichen Verkehr ist die Fahrbahnbreite zwischen der Einmündung Bekhausermoorweg und der Wilhelmshavener Straße nicht mehr ausreichend und damit nicht verkehrsgerecht. Hierfür ist die Anpassung der Fahrbahnbreite des Bekhauser Esch auf 6,5 m und die ver-kehrsgerechte Anbindung mit Linksabbiegespuren in die Wilhelmshavener Straße herzu-stellen. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Entwässerungsprobleme durch Ver-änderung des Grabensystems und der größeren befestigten Fläche sind durch geeignete Maß-nahmen zu lösen. Von dieser Maßnahme ist auch das Brückenbauwerk im Zuge des Bekhauser Esch über die A 29 betroffen. Die Darstellung der angesprochenen Situation ist der Planunterlage U 03-Übersichtslageplan, Blatt 4, und Lageplan U 05-Lageplan durchgehende Strecke, Blatt 21, zu entnehmen. Bezüglich der weiteren Forderungen den Straßenbereich betreffend wird auf die Anlage verwiesen.

Wenngleich eine Sandabbau-stelle in Form der Anlegung der geplanten Seitenentnahme erheb-liche Auswirkungen auf Natur und Landschaft hat, so überwiegen aus Sicht der Gemeinde Rastede zunächst die positiven Effekte, da durch eine solche Art der Bodenlieferung im Saug-baggerverfahren eine erhebliche Anzahl von LKW-Fahrten unterbleiben wird. Da die Ent-nahmestelle zukünftig der Natur und nicht dem Tourismus vorbehalten bleiben soll, bestehen keine Befürchtungen hinsichtlich einer ungewollten Nutzung. Gleichwohl sind mögliche Auswirkungen auf die Grundwasserqualität zu untersuchen, da durch Hinweise des Wasser-versorgungsverbandes bereits durch die bestehenden Seen darauf hingewiesen wurde, dass entgegen der Annahme der Eintrag durch Schadstoffe zugenommen hat. Auch hier wird im Übrigen auf die Anlage 1 zur Vorlage verwiesen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Zurzeit keine.

**Anlagen:**

Anlage1 – Stellungnahme der Gemeinde Rastede zum Planfeststellungsentwurf des ersten Abschnitts der Autobahn A 20

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2015/111**freigegeben am **24.06.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

**Datum: 18.06.2015****Masterplan Klimaschutz****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) Die Gemeinde Rastede beabsichtigt die Prüfung der Auswirkungen einer Festlegung von konkreten Klimaschutz- und Energieeinsparungszielen, um bis zum Jahr 2050 mindestens 95 % der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 zu senken und den Verbrauch an Endenergie in diesem Zeitraum zu halbieren. Die Konzeption soll in einem Masterplan „Klimaschutz“ münden, der die erforderlichen Maßnahmen und Umsetzungsschritte beinhaltet.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, unter dieser Bedingung Szenarien zu untersuchen und darzustellen, die die Auswirkungen und Möglichkeiten einer derartigen Festlegung darstellen.
- 3.) Als Einführung eines erforderlichen Prozessmanagements zur Untersuchung der kurz-, mittel- und langfristigen Implementierung gleichermaßen ökonomisch und ökologisch sinnvoller Maßnahmen werden Personal- und Sachmittel spätestens ab dem 01.01.2016 in einer Größenordnung von zunächst 50.000 Euro berücksichtigt.

**Sach- und Rechtslage:**

Energieeinsparung und Klimaschutz ist auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen mittlerweile eine Aufgabe geworden, die neben einer Vielzahl internationaler Vereinbarungen auch eine Fülle von nationalen Aktivitäten nach sich gezogen hat. Auch und gerade durch die staatliche Seite wurde in unterschiedlichster Form bis hin zur Änderung von Rechtsgrundlagen das Themenfeld begleitet und strukturiert.

Erneuerbare Energien-Gesetz, Änderungen im Baugesetzbuch, Energieeinsparverordnung – dies sind Beispiele für Regelungen, die zwischenzeitlich selbstverständlich geworden sind und die nur als Synonym genannt werden sollen aus einer Vielzahl von Rechtsnormen, die von Programmen begleitet werden, welche, als zumeist als Anreizsystem ausgestattet, die Möglichkeit eröffnen, finanzielle Beiträge zu Aufwendungen den Klimaschutz betreffend zu generieren.

Auch Kommunen haben sich zum Teil sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und Maßnahmen durchgeführt. Dies sind Regionen und Großstädte, aber auch kleinere und mittlere Städte und Gemeinden, vornehmlich dann, wenn auch eine vermeintlich unmittelbare Beeinflussung über eigene Stadtwerke ausschlaggebend gewesen ist. Maßnahmen, die indirekte Einwirkung auf dieses Themenfeld haben wie ÖPNV, Solar- und Geothermie, Abwasseranlagen oder Beschaffungsvorgänge, bilden auch hier ein breit gefächertes Spektrum.

Auch die Gemeinde Rastede hat eine Reihe von Entwicklungen dieser Art durchgeführt und, zumindest regional gesehen, am Beispiel der Gebäude- oder Straßenbeleuchtungssanierung positive Beispiele gesetzt.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob Rastede die Thematik nicht systematischer und auch nach außen hin erkennbarer angehen sollte, durchaus auch in der Überlegung, die Finanzmittelgewinnung mit zu untersuchen. Hierfür sprechen beispielsweise folgende Gründe:

1. Die gesellschaftliche Bereitschaft, sich mit Fragen von Klimaschutz, Energieeinsparung und dem Verbrauch endlicher Ressourcen sowie der Nachhaltigkeit von Lebensgrundlagen zu beschäftigen, war nie größer als heute. Vielfach ist es sogar zur Selbstverständlichkeit bzw. zum Anforderungsprofil durch den Bürger = Konsumenten geworden.
2. Die staatlichen Stellen formulieren unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung der Regierung konkrete Ziele in diesem Bereich und setzen diese Ziele in verbindliches Recht um.
3. Rastede zeichnet sich durch eine selbst erklärte hohe Wohnstandort- und Lebensqualität aus und sollte deshalb diese Aufgabe systematisch als Standortsicherungsinstrument und gleichermaßen als Marketinginstrument nutzen. Dies beinhaltet auch die gewerbliche Entwicklung, die sowohl aus deren eigenen Marktüberlegungen als auch aus der Notwendigkeit der Vorhaltungen von Arbeitskraftressourcen heraus gehalten ist, diesen Überlegungen prinzipiell zu folgen. Dass sich hierbei sogar direkte positive Beschäftigungseffekte ergeben können, zeigen Studien von Wirtschaftsforschungsinstituten, die zumindest in dem Ruf stehen, sich zunächst ökonomischer Fragestellungen anzunehmen.
4. Zum jetzigen Zeitpunkt bieten sich eine Reihe von Möglichkeiten an, Drittmittel für unterschiedlichste Maßnahmen zu generieren. Förderungen im Bereich Abwasseranlagen, Straßenbeleuchtung oder Gebäudesanierung wurden dabei auch bereits von der Gemeinde selbst in Anspruch genommen. Nach Einschätzung der Verwaltung werden in absehbarer Zeit diese zurzeit noch positiv gestalteten Anreizeffekte in rechtliche Pflichtaufgaben übergeben, die dann jeweils nur noch umzusetzen sein werden. Insofern wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur eine finanzielle Überlegung in dieser Hinsicht anzustellen, sondern auch mit der Möglichkeit zu verbinden, womöglich auf eigene Zielsetzung ein gewisses Maß an Einfluss nehmen zu können.

Der Beschlussvorschlag beinhaltet derzeit eine Forderung, die als geringsten möglichen Inhalt die Festlegung der derzeitigen Bundesregierung beinhaltet. Welche einzelnen Zielsetzungen zwischenzeitlich erreicht werden sollten oder könnten, muss der Bericht Erstellung vorbehalten bleiben. Aus Sicht der Verwaltung wäre es allerdings erforderlich, zur Messbarkeit und auch zu Überprüfungszwecken konkrete Festlegungen zu treffen.

Es darf allerdings nicht verkannt werden, dass die Festlegung auf bestimmte Ziele Konsequenzen auf allen Ebenen nach sich ziehen müsste, denn grundsätzlich wären alle kommunalen Handlungsfelder betroffen.

Sowohl im Bereich der Bauleitplanung, der Beschaffung, der Ausstattung und Herrichtung von öffentlichen Einrichtungen bis hin zur Ansiedlungspolitik von gewerblichen Unternehmen und Verfahrensvorgängen in der Landwirtschaft würden kommunale Zielsetzungen Auswirkungen mit sich bringen bzw. bringen können. Die Zielsetzung ist auch allein durch die Gemeinde nicht zu erreichen. Sie verlangt nicht nur die Einbeziehung sondern die aktive Mitwirkung der gesamten gemeindlichen Gesellschaft.

Als Vorstufe einer verbindlichen Festlegung könnte es deshalb das Ziel sein, diese Thematik zunächst umfassend zu beleuchten mit Blick auf vorhandene rechtliche Verpflichtungen gesellschaftliche Gruppierungen in den Prozess einzubeziehen und damit auch eine Einschätzung der Umsetzungswahrscheinlichkeit zu erhalten.

Diese Vorermittlung ist allerdings mit der gegenwärtigen Personalausstattung der Gemeinde Rastede nicht zu bewerkstelligen. Es wird deshalb vorgeschlagen, Personal- und Sachmittel im Umfang von zunächst 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Hiermit sollen, möglichst beginnend im Herbst, spätestens aber ab 01.01.2016, Voraussetzungen erarbeitet werden, die eine Entscheidung der Gemeinde Rastede hinsichtlich konkreter Ziele spätestens in einem Jahr ermöglichen können.

Dies schließt entsprechende Berichte über den Fortschritt in dieser Angelegenheit mit ein. Hinsichtlich der Personalausstattung wird die Verwaltung zu gegebener Zeit einen gesonderten Vorschlag unterbreiten. Dieser soll so zeitnah erfolgen, dass eine Berücksichtigung sowohl im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 als auch die Aufnahme der Tätigkeit zeitlich angemessen erfolgen kann.

Zur weiteren Einführung in dieses Thema hat die Verwaltung als Anlage einige Informationen, auch andere Kommunen betreffend, beigelegt, weist aber darauf hin, dass dieses nur ein kleiner Ausschnitt aus den vielfältigen Möglichkeiten darstellt.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Der Umfang der Personal- und Sachmittel zur Erfüllung der Prüfaufgaben wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 berücksichtigt; soweit bei Beschlussfassung ein früherer Zeitpunkt möglich ist, werden die Mittel zunächst aus dem Budget bestritten.

### **Anlagen:**

1. Masterplan Klimaschutz Konzept und Strategie
2. Beschäftigungseffekte Klimaschutz
3. Klimaschutz Osnabrück Beispiel